

Grußwort des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit



BMUB
 BMUB – Bundesministerium für
 Umwelt, Naturschutz, Bau und
 Reaktorsicherheit
 MinDir Günther Hoffmann
 guenther.hoffmann@bmub.
 bund.de

Einleitung

Deutschland befindet sich auf dem Weg zum Ausstieg aus der Kernenergie. Wie wir alle wissen, ist eine zentrale Voraussetzung hierfür eine verlässliche, kontinuierliche Forschungsförderung bei erneuerbaren Energien in allen Bereichen. Ich möchte heute für den Baubereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sprechen. Das Jahr 2015 stimmt mich in diesem Sinne sehr hoffnungsvoll! Dabei gilt mein besonderer Dank dem seit 25 Jahren verlässlichen Engagement des Forschungsverbands Erneuerbare Energien, der dazu entscheidende Beiträge geleistet hat!

Außerordentlich freue ich mich, dem jungen 25-jährigen Jubilar (Gründung 1990 in Frankfurt am Main in Folge des Reaktorunglücks in Tschernobyl) zu seinem stets trendsicheren Geist gratulieren zu können. Schon 1992 wies der Forschungsverbund in seinem ersten Memorandum auf folgende zwei Handlungsfelder als zentrale Herausforderungen hin:

- globale Umwelt- und Klimaverträglichkeit der Energietechniken und
- ausreichende Energieversorgung für eine wachsende Bevölkerung der Erde

als Voraussetzung für Wohlstand und Stabilität der Welt, in der wachsenden Bedürfnisse vor allem in weniger entwickelten Regionen befriedigt werden müssen, wenn nicht Völkerwanderungen unseren inneren und äußeren Frieden gefährden sollen...“. Heute, 23 Jahre später, sind diese Forderungen aktueller denn je. Und neben der weltlichen mahnt inzwischen auch erstmalig die kirchliche Macht in diesen Jahr mit der Veröffentlichung der „Umwelt Enzyklika“/„Laudato si“ von Papst Franziskus (18. Juni 2015) entsprechenden Handlungsbedarf und ein Umdenken bei diesem Thema an.

Gespannt blicken wir nach dem hoffnungsvollen Startschuss für eine „CO₂-neutrale Welt“ auf dem G7-Gipfel nun auf den anstehenden UN-Klimagipfel in Paris.

Hier werden erste konkrete Beiträge aller Beteiligten gefordert. Entsprechend erscheint die vom Forschungsverbund für seine Jubiläumshrestagung gewählte Überschrift „Forschung für die Wärmewende“ für den Baubereich passend gewählt. Zugleich verdeutlicht sie noch einmal mehr die

gemeinsamen Wurzeln des Forschungsverbundes und des Bundesumwelt- und Bauministeriums (Gründung 1986 in Folge des Reaktorunglücks in Tschernobyl). Unser gemeinsames Streben gilt der Förderung der Nachhaltigkeit im Baubereich durch Forschung und Entwicklung entsprechend folgendem Leitbild:

„Forschung und Entwicklung zeigen neue Perspektiven für eine nachhaltige, verlässliche Energieversorgung. Der Ausbau erneuerbarer Energien in allen Bereichen steht dabei an oberster Stelle.“

Klimaschutz

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zur Energiewende und zum Klimaschutz bekannt und Effizienz gleichrangig als zweite Säule einer nachhaltigen Energiewende betont. Sie alle kennen die Ziele:

- Bis 2050 ist ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand zu erreichen.
- Bis 2050 wird die Minderung des Primärenergiebedarfs 80 % zu mindern sein.
- Bis 2020 soll der Wärmebedarf um 20 % reduziert werden.

In der Umsetzung heißt das für den Gebäudebereich, dass große Anstrengungen zur Verringerung des Wärmebedarfs notwendig sind. Dies ist aber auch zwingende Voraussetzung für bestimmte Anlagen-Technologien – vor allem zur Nutzung von erneuerbaren Energien und damit für eine nachhaltige Energieversorgung. Denken Sie zum Beispiel an Wärmepumpen oder solare Systeme: Erst gute Wärmedämmung und neue Fenster bieten die Möglichkeit, Heizungsanlagen mit so niedrigen Temperaturen zu fahren, dass die Potenziale dieser effizienten Systeme auch tatsächlich effektiv genutzt werden können. Gebäudehülle, Anlagentechnik und Nutzung erneuerbarer Energien sind also eng miteinander verknüpft. Wir stehen hier vor einer Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Denn in Deutschland werden mehr als ein Drittel der Endenergie für die Beheizung von Gebäuden, die Warmwasserbereitung sowie für Beleuchtung eingesetzt. 15 % der direkten Treibhausgasemissionen entfallen auf den Gebäudebereich.

Aktionsprogramm Klimaschutz 2020/ NAPE

Deshalb hat die Bundesregierung am 3. Dezember 2014 mit dem „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ und dem „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz“ (NAPE) entscheidende Maßnahmen beschlossen:

Mit dem „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“ wurden ehrgeizige Klimaziele für 2020 und darüber hinaus gesetzt. Wir haben verabredet, unsere Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Wir sehen dies als Meilenstein auf dem Weg zu einer Minderung von mindestens 80 bis 95 Prozent bis 2050.

Das „Aktionsprogramm“ soll die Erreichung des Klimaschutzziels für 2020 und darüber hinaus bis 2050 sichern. Um die gesetzte Zielmarke von „minus 40%“ zu erreichen, hat die Bundesregierung eine ganze Reihe von Maßnahmen verabschiedet. 25 bis 30 Millionen Tonnen Treibhausgase sollen allein durch eine gesteigerte Energieeffizienz in Industrie, bei privaten Haushalten, aber vor allem auch im Gebäudebereich eingespart werden.

Gestatten Sie mir die Darstellung von drei zukunftsweisenden baupolitischen Aktivitäten meiner Bauabteilung zur Verfolgung dieser Klima- und Umweltziele. Sie stehen beispielhaft für neue Wege der Zusammenarbeit zwischen Forschung und Politik und folgen dem BMUB bewährten Instrumentenmix „Fordern, Fördern und Informieren“.

1. Fordern:

EnEV und EEWärmeG

Das Bundesumwelt- und Bauministerium hat mit den Ländern eine strukturelle Neukonzeption von Energieeinsparverordnung (EnEV) und Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) in 2016 vereinbart.

Aktuell werden hierzu im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft z. B. für die Fortschreibung der EnEV technisch und wirtschaftlich machbare Mindestanforderungen im Einzelnen gutachterlich ermittelt. Erste Ergebnisse werden auf einer Sonderbauministerkonferenz gegen Mitte 2016 erwartet.

Gleichzeitig laufen Forschungsarbeiten zum Abgleich des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes mit den Bestimmungen der EnEV. Geprüft werden Überschneidungen an Schnittstellen und Vereinfachungsmöglichkeiten. Es handelt sich dabei um eine ergebnisoffene Prüfung, die die bessere Integration erneuerbarer Energien in die Wärmeversorgung von Gebäuden zum Ziel hat.

Dabei möchte ich darauf hinweisen, dass die derzeitigen Herausforderungen bei der Schaffung von Flüchtlingsunterbringungen auch flexibles Handeln von allen Beteiligten fordern. Die Bundesregierung hat bereits ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Beseitigung möglicher Hürden beschlossen. So können zum Beispiel ausschließlich im Bereich der Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte im Sinne des Asylgesetzes Einzelfallbefreiungen bzw. Erleichterungen von der EnEV erfolgen, ohne notwendiges geltendes Energiesparrecht zu gefährden.

2. Fördern:

CO₂-Gebäudesanierung

Mit Fortführung und Aufstockung des erfolgreichen CO₂-Gebäudesanierungsprogramms fördert die Bundesregierung weiterhin überaus erfolgreich notwendige Energieeffizienzmaßnahmen im Baubereich. In enger Zusammenarbeit zwischen Bundeswirtschaft- und Energieministerium und dem Bundesumwelt- und Bauministerium wird an der Verstetigung und dem Ausbau der Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gearbeitet. Diese Programme zum energieeffizienten Bauen und Sanieren haben sich als ein zentrales Zugpferd der Energiewende erwiesen.

Zukunft Bau

Ein mir besonders wichtiges Förderprogramm des Bundesumwelt- und Bauministeriums ist „Zukunft Bau“. Wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, fördert diese bauangewandte Initiative seit 10 Jahren gemeinsam mit Forschung und Wirtschaft die Weiterentwicklung im Bauwesen.

Effizienzhaus Plus

Eine herausragende Stellung innerhalb dieser Bauforschungsinitiative nehmen seit 2011 die Modellvorhaben Effizienzhäuser Plus ein. Diese durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit geförderten Prototypen der Häuser der Zukunft fördern gezielt den Forschungsdialog und informieren in einem öffentlichen Netzwerk beispielhaft über die aktuelle Baupolitik und die Anforderungen an das Bauen der Zukunft.

Mittels erneuerbarer Energien erzeugen Effizienzhäuser Plus über das Jahr betrachtet mehr Energie als sie selbst für den Betrieb des Hauses benötigen. Diese Vorhaben fördern erstmalig ausdrücklich auch die ästhetisch-gestalterische und baukulturell wertvolle Integration erneuerbarer Energien in die Gebäudehülle.

Alle geförderten Gebäude werden über zwei Jahre lang technisch und sozialwissenschaftlich begleitet. Inzwischen zeigen die über 35 bundesweit errichteten Effizienzhäuser Plus Wohngebäude eine neue klimaneutrale Gebäudegeneration. Planungs-, material- und technologieoffen (vom Massivhaus- bis zum Leichtbau, vom Einfamilien- bis zum Mehrfamilienhaus, vom Neubau bis zum Sanierungsobjekt) werden Effizienz und Wirtschaftlichkeit verschiedener Ansätze dieser neuen Gebäudegeneration im Praxistest auf den Prüfstand gestellt.

Auf Grund erster vorliegender, sehr erfreulicher Forschungsergebnisse dieser Vorhaben haben wir auch eine neue Förderrichtlinie für Bildungsbauten bekannt gegeben (19. Januar 2015). Ziel ist es, diese neue Gebäudegeneration auf den Nichtwohnungsbau auszuweiten. Am Ende sollen uns auch wissenschaftlich fundierte Erfahrungen dieser neuen Gebäudegeneration aufzeigen, wie nachhaltiges, klimaneutrales Bauen der Zukunft sich weiter entwickeln und wirtschaftlich vertretbar in den Markt eingeführt werden kann.

3. Informieren:

Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen, Baukostensenkungskommission

Frau Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks möchte neben energie- und Klimaschutzpolitischen Aspekten aber auch das Bewusstsein schärfen für die ausgewogene Berücksichtigung sozialer Aspekte. Das von ihr am 10. Juli 2014 ins Leben gerufenen Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen mit seiner Baukostensenkungskommission und mehreren Arbeitsgruppen arbeitet derzeit an ersten Vorschlägen u. a. zu folgenden Handlungsfeldern, um sie in 2016 dem Kabinett vorzulegen:

- Stärkung der Investitionen in den Wohnungsbau
- Bereitstellung von Bauland
- Dämpfung der Baukostensteigerung
- Altersgerechter Umbau im Quartier
- Soziales und klimafreundliches Wohnen und Bauen

Schlusswort

Die Erfolgsgeschichte des heutigen „Mittzwanzigers“ FVEE zeigt, dass die besten Lösungen zur Umsetzung der Energie- und Klimaschutzziele durch gemeinsames, vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik entstehen und die Basis für Innovationen, Weiterentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit sind.

Auf unserem gemeinsamen nachhaltigen Entwicklungspfad wird das Bundesumwelt- und -bauministerium mit dafür sorgen, den Dreiklang „gleichzeitig Mieten und Heizkosten zu begrenzen und ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen“ zu fördern!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen auf der diesjährigen Jahrestagung viele neue nützliche Erkenntnisse und Ideen für Ihre künftige Arbeit sowie für die Zukunft alles Gute!